

# Schaidingers seltsamer Deal kostet Millionen

Von Christian Eckl

**Regensburg.** Es war ein brandheißes Eisen: Kläger ist eine Fondsgesellschaft, die für die Stadtbau Anfang der 2000er-Jahre Häuser, vorwiegend in der Guerickestraße hinter dem Josefskrankenhaus sanierte. Dafür sollte die Gesellschaft jahrelang die Mieten kassieren. Die Stadt nahm ein Darlehen auf, um die Finanzierung zu gewährleisten. Weil die Zinsen nun niedrig sind wie nie, fühlte sich das Unternehmen geprellt – und verlangt von der Stadtbau einen Millionenbetrag. Die hatte nämlich den Vertrag vorzeitig gekündigt.

Nach Angaben des Ex-Oberbürgermeisters im Zeugenstand habe die Stadtbau 1999 nicht über die Mittel verfügt, um die maroden Wohnungen zu sanieren. Deshalb sei er auf die Lösung mit der Fondsgesellschaft gekommen. Damit stand Regensburgs städtische Tochter Stadtbau in ganz Bayern alleine da – keine andere Wohnbaugesellschaft ließ sich auf so etwas ein.

Zudem hatte der Vertrag mehrere Tücken, die nun zu Tage traten. Angeblich sollte das Unternehmen für 65 Millionen Mark sanieren, doch nach Schätzungen sind es lediglich 50 Millionen Mark gewesen, die das Unternehmen in die Sanierung steckte. Wären schon mal 15 Millionen Mark Gewinn – etwas mehr als sieben Millionen Euro also in heutiger Währung. Nachrechnen kann das indes niemand, offenbar beinhaltet der Vertrag zwischen Fondsgesellschaft und Stadtbau keinen derartigen Passus. Und auch Ex-OB Schaidinger plagten Erinnerungslücken.

Laut einem nichtöffentlichen Stadtbau-Protokoll, das dem Wochenblatt vorliegt, wurde der Aufsichtsrat der städtischen Tochter bereits im Juli 2016 nochmals über die Klage informiert. Stadtbau-Chef Joachim Becker habe bereits im Mai 2016 „auf angenehmer Gesprächsbasis“ Standpunkte ausgetauscht. Dann aber legten die Berliner ihre Forderungen auf den Tisch: Insgesamt wollten sie 40 Millionen Euro Ablösesumme sehen – was könnte man damit an Wohnraum schaffen. Becker hatte sich damals auf 25 Millionen Euro eingelassen. Es kam zur Klage vor dem Landgericht.

Jetzt haben sich die Stadtbau und das Fondsunternehmen geeinigt – den Steuerzahler kostet der eigentümliche Schaidinger-Deal nochmals acht Millionen Euro.

## Eine irre Geschichte, wie sie nur hier passiert

Laut Vergleich vor dem Landgericht hat man sich zwar nun auf das Ende des Vertragsverhältnisses zum 31. August 2016 geeinigt. Doch über die bereits nach Berlin überwiesenen 24 Millionen Euro hinaus darf der Regensburger Steuerzahler aus dem Stadtbau-Säckel nochmals 8,2 Millionen Euro überweisen – für Wohnungen, die Anfang der 2000er-Jahre saniert wurden. Eine irre Geschichte, wie sie wohl nur in Regensburg passiert. Ob es im Hintergrund einen Deal gab zwischen einem Bauunternehmen, für das Schaidinger vor seiner OB-Karriere arbeitete und dem Berliner Fondsunternehmen, das wurde im Prozess nicht deutlich.